Schreiben Sie in deutscher Sprache an die Geschäftsleute, die in der Täglichen Omaha Tribüne anzeigen. Ihre Wünsche werden genau so ausgeführt werden, als wenn Sie in der englischen Sprache schrieben.

Tägliche Omaha Tribüne

Wetterbericht.
Für Omaha und Umgegend: Regen oder Schnee und kälter heute abend und Mittwoch.
Für Nebraska: Veränderlich u. kälter heute abend und Mittwoch mit Regen oder Schnee im östlichen und zentralen Teil, Mittwoch kälter.
Für Iowa: Regen oder Schnee heute abend, Mittwoch kälter im nordwestlichen Teil.

34. Jahrgang. | Omaha, Nebr., Dienstag, den 3. April 1917. | 8 Seiten.—No. 18.

Präsident Wilson fordert Erklärung des Kriegszustandes zwischen den Ver. Staaten und Deutschland!

Verlas seine Kriegsbotschaft Montag abend vor versammeltem Kongreß, der heute die bereits eingereichte Kriegsresolution debattieren wird; ihre Annahme ist sicher!

Wilson will für Demokratie kämpfen!

Der Präsident will Deutschland zwingen, auf Friedensbedingungen einzugehen und den Krieg zu beendigen.

Behauptet, er sei nicht gegen das deutsche Volk, sondern gegen die kaiserliche deutsche Regierung. — Würde gerne Revolution in Deutschland sehen. — Der Krieg soll wenn nötig bis „zum letzten Mann und Dollar" geführt werden.

Washington, 3. April. — Präsident Wilson hat den „Fehdehandschuh", den ihm Deutschland hingeworfen, aufgenommen und einen Kriegszustand zwischen den Ver. Staaten und Deutschland erklärt. Oefters wurden seine Worte durch lebhafte Zurufe unterbrochen und als er seine Botschaft beendet, hielt der Beifall eine geraume Zeit lang an.

Washington, 3. April. — Folgendes ist der Inhalt der Rede des Präsidenten: „Ich habe den Kongreß in Sondersitzung zusammenrufen lassen, weil wir uns vor die ernste Frage gestellt sehen, welchen politischen Kurs wir zu nehmen haben, und zwar sofort, welchen ich unter der bestehenden Konstitution allein einzuschlagen nicht berechtigt bin. Am 3. Februar d. J. machte ich Ihnen die außerordentliche Mitteilung, daß die kaiserlich deutsche Regierung vom 1. Februar ab alle Gesetze und Menschlichkeitsrücksichten beiseite setzen und den unbegrenzten Tauchbootkrieg einführen, alle Schiffe, die sich den Häfen der englischen oder irländischen Küste oder der westlichen Küste von Europa oder irgend einem Hafen, der von den Feinden Deutschlands im Mittelländischen Meere kontrolliert wird, zu nähern versuchen, versenkt würden.

Schon zu Beginn des Krieges schien der deutsche Tauchbootkrieg diesen Zweck im Auge zu haben, seit April letzten Jahres aber hatte die kaiserlich deutsche Regierung den Befehlshabern der Tauchboote Befehl gegeben, den Tauchbootkrieg etwas zu mäßigen und denselben im Einklang mit den Versprechungen zu bringen, daß Passagierschiffe nicht versenkt werden sollten und daß alle anderen Schiffe, welche die U-Boote zu zerstören und nicht zu entfliehen versuchten oder Widerstand leisteten, vorher gewarnt werden sollen. Der Bemannung solcher Schiffe sollte vollauf Gelegenheit gegeben werden, sich in Rettungsbooten in Sicherheit zu bringen. Die getroffenen Vorsichtsmaßregeln aber waren mangelhaft genug, wie aus wiederholten Fällen hervorgegangen ist, immerhin aber wurden die gemachten Versprechungen dennoch bis zu einem gewissen Grade beachtet.

Die neue Tauchboot-Politik hat alle Beschränkungen beiseite gesetzt. Schiffe aller Art, gleichviel welche Flagge sie auch führen, welchen Charakter sie auch haben mögen, welcher Art ihre Fracht auch sein mag und gleichviel, was deren Bestimmungsort auch sein mag, wurden ohne Gnade ohne vorherige Warnung versenkt und ohne den an Bord befindlichen Personen rettend zur Seite zu stehen — die Schiffe von freundschaftlichen Neutralen wurden zusammen mit denjenigen der Feinde Deutschlands versenkt. Sogar Hospitalschiffe und Schiffe, welche Unterstützung den notleidenden Belgiern brachten, trotzdem diesen von der deutschen Regierung sicheres Geleit durch die Gefahrzone versprochen worden war, und diese klar und deutlich äußere Zeichen ihres Charakters führten, wurden mit derselben Gleichgültigkeit und ohne Mitleid versenkt.

Eine kurze Zeit lang konnte ich nicht glauben, daß solche Akte von einer Regierung ausgeführt werden konnten, die bisher alle Regeln der Zivilisation beachtet hatte. Die Gründung des Völkerrechts ist auf die Annahme eines Gesetzes zurückzuführen, daß ein Gesetz angenommen wurde, von welchem man annehmen konnte, daß es respektiert und vor allen Dingen auf dem Meere beachtet werden würde, wo keine Nation sich das Recht der Herrschaft anmaßen kann und wo sich die freien Hochstraßen der Welt befinden. Erst nach und nach wurde dieses Gesetz angenommen, allerdings mit Resultaten, die mager genug waren, aber man erreichte doch, was im Bereich der Möglichkeit liegt, aber man hatte doch das im Auge, was Herz und Gewissen der Menschlichkeit bedingte.

Dieses Minimalrecht hat die deutsche Regierung nunmehr beiseite gesetzt unter der Behauptung, Wiedervergeltung zu üben und dazu gezwungen zu sein, und weil sie keine andere Waffe besitze, wie diese, um sie auf See zu verwenden. Sie kann dieselbe aber nicht in Anwendung bringen, außer sie wirft alle Menschlichkeitsrücksichten nach allen Winden und läßt jedes Uebereinkommen, das dem Verkehr mit der Mitwelt zugrunde liegt, außer Acht.

Krieg gegen alle Völker.

Ich denke gegenwärtig nicht an den Eigentumsschaden, der angerichtet wird, ungeheuer und schwer wie derselbe auch sein mag, sondern nur an die böswillige und Massenvernichtung von Menschenleben der Nichtkämpfer, Männer, Frauen und Kinder, die einer Beschäftigung nachgehen, welche immer, sogar in den dunkelsten Perioden der modernen Geschichte, als unschuldig und gesetzlich hingestellt worden ist. Für das zerstörte Eigentum kann man Zahlung leisten; das Leben friedfertiger und unschuldiger Personen aber kann nicht wieder ersetzt werden.

Der gegenwärtige deutsche Tauchbootkrieg gegen den Handel ist ein Krieg gegen das Menschengeschlecht. Es ist ein Krieg gegen alle Nationen.

Versenken amerikanischer Schiffe.

Amerikanische Schiffe sind versenkt worden, Amerikaner haben dabei ihren Tod gefunden, und zwar auf eine Weise, die nach Bekanntwerden der näheren Umstände tiefe Entrüstung bei uns hervorgerufen haben; aber auch die Schiffe anderer neutralen Nationen sind auf die gleiche Weise versenkt worden. Es wurde kein Unterschied gemacht. Gegen das ganze Menschengeschlecht ist die Herausforderung gerichtet. Jede Nation muß sich selbst schlüssig werden, wie sie derselben begegnen kann. Die Wahl, die wir treffen, muß mit Maß und Ziel, die unserem Volkscharakter und unseren Beweggründen eigen ist, vollzogen werden. Wir dürfen uns nicht von aufgeregten Gefühlen beherrschen lassen. Unserem Beweggrund wird nicht Rache zu Grunde liegen oder die Siegeszuversicht physischer nationaler Kraft, sondern nur der Schutz des Rechts, des Menschenrechts, das wir zu verteidigen entschlossen sind.

Bewaffnete Neutralität allein tut's nicht.

Als ich am letzten 26. Februar im Kongreß eine Rede hielt, glaubte ich, daß es genügen würde, unsere Rechte durch bewaffnete Neutralität aufrecht zu erhalten, unser Recht, die Meere gegen ungesetzliche Eingriffe zu wahren, unser Recht, unser Volk gegen ungesetzliche Gewalt zu schützen. Bewaffnete Neutralität aber ist unter den heutigen Verhältnissen nicht mehr anwendbar.

Tauchboote sind Freibeuter.

Die Tauchboote sind tatsächlich Freibeuter, sobald sie, wie die deutschen, gegen Handelsschiffe verwendet werden. Es ist unmöglich, Handelsschiffe gegen diese zu verteidigen. In dem Völkerrecht wird angenommen, daß Handelsschiffe sich gegen Beuteschiffe und Kreuzer, sichtbare Schiffe, verteidigen können, anders liegt es mit den Tauchbooten. In solchen Fällen gebietet die gewöhnliche Vernunft, ja, es ist grimmige Notwendigkeit, dieselben zu zerstören, ehe sie ihre Absicht ausführen können. Man muß sie beim Sichten angreifen, wenn von einem Angriff überhaupt die Rede sein kann.

Deutschland erklärt bewaffnete Handelsschiffe für rechtlos.

Die deutsche Regierung spricht den Neutralen das Recht ab, ihre Schiffe für die Gefahrzone zu bewaffnen, auch wenn diese sonst das Recht haben, sich zu bewaffnen, und das kann ihnen nicht abgesprochen werden. Die bewaffneten Schiffe werden als rechtlos hingestellt und werden als Seeräuberschiffe bezeichnet. Unter solchen Umständen ist die Bewaffnung der Handelsschiffe unwirksam und bezweckt nur das, was wir verhüten wollen. Wir würden durch die Bewaffnete Neutralität in einen Krieg verwickelt werden, ohne die Rechte oder die Wirksamkeit der Kriegführenden zu haben.

Kein Nachgeben.

Einen Weg, der uns offen steht, werden wir nicht einschlagen, wir sind nicht imstande, denselben zu wählen, nämlich: uns zu fügen und zu unterwerfen und die geheiligten Rechte unserer Nation und unseres Volkes außer acht zu lassen. Das Unrecht, gegen das wir uns jetzt bewaffnen, ist nicht gewöhnlicher Art; es schneidet tief in die Wurzeln des Menschenlebens.

Mit dem ausgesprochenen Gefühl des Ernstes, ja, sogar tragischen Charakters des Schrittes, den ich tue, und die schweren Verantwortlichkeiten, die er in sich schließt, aber in unverzögertem Gehorsam dessen, was ich als mein konstitutionelles Recht betrachte, rate ich dem Kongreß, den kürzlichen Kurs der kaiserlich deutschen Regierung als einen Akt zu erklären, der nichts weniger als einen Krieg gegen die Regierung und das Volk der Ver. Staaten zu erklären; das dasselbe den ihm aufgezwungenen Status eines Kriegführenden annimmt und daß er sofort Schritte tut, das Land nicht nur in besseren Verteidigungszustand zu versetzen, sondern alles in seiner Macht stehende tut, alle Hilfsquellen des Landes erschließt, um die deutsche Regierung zu zwingen, sich zu fügen, damit der Krieg beendet wird.

Zusammenwirken mit Alliierten.

Was dieses in sich schließt, ist klar. Es bedeutet, daß wir uns den Alliierten mit Rat und Tat anschließen und diesen einen liberalen Kredit zur Verfügung stellen. Dieses bedingt die Mobilisierung und Organisation aller materiellen Hilfsquellen des Landes, um Kriegsmaterial und alles, was zur Kriegführung gehört, zu beschaffen.

Fordert allgemeine Dienstpflicht.

Es schließt die sofortige vollständige Ausrüstung der Kriegsflotte in jeder Hinsicht ein, besonders aber die Ausrüstung mit allen nötigen Mitteln, des Feindes Tauchbooten wirksam begegnen zu können. Es schließt die sofortige Hinzufügung von wenigstens weiteren 500,000 Mann zu den bereits durch Gesetz für den Kriegsfall vorgeschriebenen Streitkräften der Bundesarmee ein, welche nach meiner Meinung auf dem Prinzip der allgemeinen Dienstpflicht hin aufgebracht werden sollten, sowie die Ermächtigung zu weiteren späteren Vermehrungen von derselben Anzahl, sobald diese benötigt werden und Gelegenheit vorhanden ist, sie auszubilden.

Es schließt selbstredend auch die Gewährung von genügenden Krediten an die Regierung ein, welche, wie ich hoffe, von der lebenden Generation durch gerecht verteilte Besteuerung aufgebracht werden sollten, soweit dies billiger Weise geschehen kann, da es nach meiner Ansicht höchst unweise sein würde, die jetzt nötigen Kredite gänzlich mit erborgtem Gelde zu decken.

Es ist unsere Pflicht, auf welche ich besonders hinweise, unser Volk, soweit wie wir können, vor den höchst ernsten Beschwerden und dem Uebel zu schützen, die höchstwahrscheinlich die Folgen großer Anleihen sein werden.

Unterstützung der Alliierten.

Bei der Durchführung der Maßregeln, durch welche obige Vorschläge verwirklicht werden müssen, sollten wir ständig die Klugheit beachten, so wenig wie möglich durch unsere eigenen Vorbereitungen und die Ausrüstung unserer eigenen militärischen Kräfte, mit der Pflicht,— denn es wird eine sehr praktische Pflicht werden—in Konflikt zu geraten, die bereits mit Deutschland in Krieg liegenden Länder mit allen Waren auszustatten, welche sie nur allein von uns oder durch unsere Hilfe erlangen können. Sie stehen im Felde, und wir sollten ihnen auf jede Weise helfen, dort wirksam zu wirken.

Ich werde mir erlauben, durch die verschiedenen Abteilungen der Regierung zur Berücksichtigung ihrer Komitees Maßregeln zur Vollführung meiner verschiedenen Vorschläge zu unterbreiten. Ich hoffe, daß es Ihnen beschieden sein wird, sich mit denselben abzugeben, da sie nach sehr reiflicher Ueberlegung von dem Zweig der Regierung, auf welchem die Verantwortung der Kriegsführung und des Schutzes des Landes hauptsächlich beruht, abgefaßt worden sind.

Verteidigung der Prinzipien des Friedens.

Während wir diese höchst folgenreichen Dinge ausführen, laßt es uns der ganzen Welt klar machen, was unsere Motive und Ziele sind. Mein eigener Geist ist durch die unseeligen Ereignisse der letzten zwei Monate nicht aus seinem gewöhnlichen und normalen Geleise gerissen worden, und ich glaube nicht, daß der Geist der Nation durch dieselben getrübt oder geändert worden ist.

Ich habe gegenwärtig genau dieselben Dinge im Sinn, die ich im Sinne hatte, als ich am 22. Januar dieses Jahres vor den Senat und am 3. und 26. Februar vor den Kongreß mit Ansprachen trat.

Unser Ziel ist jetzt wie damals, die Prinzipien des Friedens und der Gerechtigkeit im Leben der Welt gegen selbstische und autokratische Macht zu verteidigen, und unter den wirklich freien und sich selbst regierenden Völkern solch eine Uebereinstimmung der Zwecke und Handlungen aufzustellen, welche in Zukunft die Beobachtung dieser Prinzipien sichert.

Neutralität nicht mehr möglich.

Neutralität ist nicht länger mehr tunlich oder wünschenswert, wenn der Friede der Welt in Frage steht, wenn die Freiheit auf den Völkern beruht und die Bedrohung dieses Friedens und dieser Freiheit auf einem Bestand autokratischer Regierungen gestützt durch eine organisierte Macht, welche vollständig von ihrem eigenen Willen und nicht von dem Willen ihrer Völker kontrolliert ist. Wir haben Neutralität unter solchen Umständen zum letzten Male gesehen.

Wir stehen am Beginn eines Zeitalters, in welchem darauf bestanden werden muß, daß in Bezug auf Betragen und die Verantwortlichkeit für Unrecht unter den Ländern und ihren Regierungen dieselbe Richtschnur Geltung haben sollte, als unter den einzelnen Bürgern zivilisierter Länder.

Hat Sympathie mit dem deutschen Volk.

Wir haben keinen Streit mit dem deutschen Volke und wir hegen für dasselbe nur das Gefühl der Sympathie und Freundschaft. Es war nicht sein Einfluß, auf den hin seine Regierung in den Krieg trat. Es geschah nicht mit seiner vorherigen Kenntniß oder Einwilligung.

Der Krieg wurde auf dieselbe Weise entschieden, wie in den alten unglücklichen Zeiten, da die Völker von ihren Herrschern nicht um Rat gefragt und die Kriege im Interesse der Dynastie oder kleiner Gruppen ehrgeiziger Männer provoziert wurden, welche gewohnt waren, ihre Mitmenschen als Leibeigene und Werkzeuge zu gebrauchen.

Sich selbst regierende Völker füllen ihre Nachbarländer nicht mit Spionen an oder spinnen Intriguen, um eine kritische Lage der Affären hervorzurufen, die ihnen Gelegenheit gibt, loszuschlagen und Eroberungen zu machen.

Solche Pläne können nur heimlich ausgeführt werden, und wenn niemand das Recht hat, Fragen zu stellen.

Schlau ersonnene Angriffspläne, möglicher Weise von Generation überkommen, können nur in der Eingezogenheit von Höfen oder hinter dem sorgfältig bewahrten Vertrauen einer kleinen priviligierten Klasse ausgearbeitet und vor der Oeffentlichkeit verborgen gehalten werden. Sie sind glücklicher Weise unmöglich, wo die öffentliche Meinung herrscht und auf eine vollkommene Information betreffs der Affären des Landes dringt.

Lobt das große edelmütige russische Volk.

Ein ständiges Zusammenarbeiten für Frieden ist nur durch eine Vereinigung demokratischer Länder möglich. Keiner autokratischen Regierung könnte man das Vertrauen schenken, innerhalb derselben ihr Wort zu halten oder ihre Verträge zu beachten. Es muß eine Ehrenliga sein, eine Vereinigung der Meinungen.

Intriguen würden ihre wesentlichen Bestandteile vernichten, die Komplotte innerer Kreise, welche planen konnten, was sie wollten, und niemanden Rechnung ablegen brauchten, würde eine Korruption, mitten in ihr Herz gesetzt, bedeuten. Nur freie Völker können ihre Zwecke und ihre Ehre zu einem gemein-

(Fortsetzung auf Seite 3.)

Londoner Zeitungen in einem Meer von Wonne

Amerikas Eintritt in den Krieg bedeutet den Todesstoß für die Hohenzollern.

London, 3. April. — Die hiesigen Zeitungen bezeichnen die Rede des Präsidenten im Kongreß als „den Todesstoß" für die Hohenzollern. Die Evening News brachte auf der Frontseite die siebenspaltige Titelzeile „Die Ver. Staaten erklären Krieg gegen die Hohenzollern!" Alle Abendzeitungen brachten die Präsidentenrede im Wortlaut. „Es ist eine epochemachende Botschaft", schreibt die Evening News, „in welcher sich die Meinung des amerikanischen Volkes widerspiegelt. Es ist der Todesstoß für die Hohenzollern und für die finsteren, mörderischen Tyrannen. Falls das deutsche Volk nicht durch die Rede des Präsidenten aufgerüttelt wird, dann ist es hoffnungslos verloren."

Andere Zeitungen und Regierungsmitglieder freuen sich grenzenlos, daß Amerika den Krieg gegen Deutschland mit großem Nachdruck führen und den Alliierten alle finanzielle Unterstützung zuteil werden lassen wird.

Der Evening Star schreibt: „Die Rede des Präsidenten entsprach den Umständen. Jeder Engländer muß jetzt den Präsidenten der Ver. Staaten nur noch höher schätzen. Seine Worte bedeuten mehr als eine bloße Kriegserklärung; sie schließt das Ende der Autokratie in sich."

Andere Zeitungen heben hervor, daß der Präsident einen Unterschied zwischen dem deutschen Volk und der deutschen Regierung macht.

Carranza hüllt sich völlig in Schweigen!

Läßt über eine Haltung im Falle eines Krieges mit Deutschland nichts verlauten.

Washington, 3. April. — Es wurde hier in Erfahrung gebracht, daß die mexikanische Regierung, obwohl äußerlich höflich und artig, den Vereinigten Staaten keine Beweise seiner Freundschaft darbietet, sondern vielmehr davon absteht, eine offene Erklärung abzugeben, welche Haltung sie gegen dieses Land im Falle eines Krieges mit Deutschland einnehmen wird.

Hiesige Beamte bezweifeln, daß die Carranza-Regierung, ganz gleich, was sich zwischen diesem Lande und Deutschland entwickeln mag, einen offenen feindseligen Akt gegen die Ver. Staaten begehen wird, sie halten es jedoch für sicher, daß die Deutschen in Mexiko sich alle ihnen von den Behörden der Stadt Mexiko gewährten Freiheiten und Zugeständnisse zum Handeln im weitgehendsten Maße zunutze machen werden.

Das Staatsdepartement hat über die Bewegungen von Deutschen in Mexiko viele Berichte erhalten und kennt, wie man glaubt, die Pläne deutscher Untertanen in jenem Lande vollauf.

Bestückter Amerikaner von U-Boot versenkt!

Der mit Bannware schwer beladene Dampfer „Aztec" auf der Höhe von Havre versenkt; die Mannschaft teilweise gerettet.

28 Mann der Besatzung werden jedoch vermißt!

Washington, 3. April. — Die französische Admiralität setzte den hiesigen französischen Botschafter in Kenntnis, daß der bewaffnete amerikanische Frachtdampfer „Aztec", der Oriental Navigation Company gehörig, auf der Höhe von Brest von einem deutschen Tauchboot torpediert und versenkt wurde. Das Schiff befand sich auf dem Wege von New York nach Havre, war 3727 Tonnen groß und führte zwei Geschütze an Bord. Die Fracht bestand zumeist aus Nahrungsmitteln im Werte von $500,000.

Paris, 3. April. — Hier wird die Befürchtung ausgesprochen, daß 28 Mann des zerstörten amerikanischen Frachtdampfers „Aztec" ums Leben gekommen sind. Da der Dampfer zur Nachtzeit torpediert wurde und die See um jene Zeit sehr erregt war, glaubt man, daß die Rettungsboote gekentert sind. 19 Mann der Besatzung wurden gerettet. Heutige offizielle Berichte besagen, daß das Schiff ohne vorherige Warnung angegriffen wurde. Der Torpedo traf den Dampfer mittschiffs; das Schicksal des Schiffes war sofort besiegelt. Die drahtlose Telegraphie wurde außer Dienst gesetzt. Man ließ die Rettungsboote ins Meer hinab; eines derselben aber kenterte bei dem hohen Seegang, und man glaubt, daß die Insassen desselben, 11 an der Zahl, sofort den Tod gefunden haben. Ein anderes Boot wurde von einem Dampfer aufgenommen; ein drittes wird vermißt. Leutnant Fuller Gresham, 12 Matrosen und die Kanoniere wurden gerettet.

Hitchcock doch für den Krieg!

Sagt, daß er sich die Sache überlegt habe und für Krieg stimmen werde.

Washington, D. C., 3. April. — Senator Hitchcock sagte heute abend, daß Präsident Wilson auf meisterhafte Weise die Ereignisse dargelegt habe, die dazu führten, dieses Land zum Krieg zu zwingen.

Senator Hitchcock wird wahrscheinlich die Kriegsresolution als Mitglied des Ausschusses in Händen haben, da er auch die Vorlage zur Bestückung der Schiffe in der letzten Sitzung des Kongresses in Händen hatte.

Senator Hitchcock sagte, er habe dem Krieg opponiert und alles getan, um denselben zu verhüten. Selbst vor etlichen Tagen noch habe er den Präsident ersucht, einen Versuch in dieser Hinsicht zu vermeiden. Es war alles vergeblich. In seinem Bericht an den Kongreß gab der Präsident jedoch Tatsachen kund, die bis jetzt völlig der Oeffentlichkeit verborgen waren, die jedoch klar ergaben, daß Deutschland uns den Krieg aufgezwungen hat.

Der Krieg ist jetzt unvermeidlich und es bleibt noch die Frage, ob wir in denselben stark und vereint, oder geteilt und verkrüppelt, hineingehen werden. Unter diesen Umständen muß ich für Stärke und Einigkeit eintreten. Der Kongreß wird sich mit großer Mehrheit für denselben erklären. Ich kann keine Stimme gegen den Krieg rechtfertigen, denn es würde ein geteiltes Volk bedeuten. Die Nichtpassierung der Vorlage zur Bestückung der Kauffahrteischiffe machte die Extrasitzung des Kongresses notwendig und beschleunigte den Krieg." Soweit unser Senator Hitchcock.

Der Farmer ist heutzutage der unabhängigste Mann!

Die hohen Kosten des Lebensunterhaltes verursachen ihm keine Sorgen. Machen Sie Ihnen Sorgen?

Beachtet die „Farmland zu verkaufen" Anzeigen auf Seite 6 dieser Ausgabe. Die bedeutet vielleicht den ersten Schritt zu Ihrer Zufriedenheit und Lebensannehmlichkeit.